

Justiz

„Zu wenig Hilfe für Opfer“



Joanna Goodey, 47, Abteilungsleiterin bei der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, über Gewalt gegen Frauen und

Kinder – und was die Bundesregierung dagegen tun soll

SPIEGEL: Sie haben vergangene Woche im Familienausschuss des Bundestags die Abgeordneten aufgefordert, Druck bei Justizminister Heiko Maas zu machen. Warum?

Goodey: In Deutschland gibt es noch viel zu wenig Hilfe für Opfer von Gewalt, vor allem für Kinder, das zeigt eine Studie, die wir bald veröffentlichen werden.

SPIEGEL: Wo liegt das Problem?

Goodey: Opferrechte unterscheiden sich in Deutschland von Ort zu Ort. Es ist Zufall, ob man in ein funktionierendes Hilfesystem hineinkommt oder nicht. Es müsste aber flächendeckend Traumatherapien geben und extra geschulte Richter und Polizisten, die auch Kinder richtig vernehmen können. Außerdem werden Prozesskosten viel zu selten übernommen.

SPIEGEL: Schon in ihrer letzten Studie schnitt Deutschland sehr schlecht ab. Während EU-weit 33 Prozent der befragten Frauen sagen, dass sie bis zu ihrem 15. Lebensjahr körperliche oder sexuelle Gewalt durch einen Erwachsenen erlebt haben, sind es in Deutschland 42 Prozent.

Goodey: Auch bei Vergewaltigungen und sexueller Belästigung ist Deutschland immer mit verhältnismäßig schlechten Werten dabei. Aber ich will es mal positiv formulieren: Das Tabu, über solche Taten zu sprechen, ist offenbar nicht mehr ganz so groß hier. In Osteuropa beispielsweise gehen wir von höheren Dunkelziffern aus. Andererseits zeigt das nur, was alles zu tun ist.

Interview: Ann-Katrin Müller



Gabriel

Energiewende

Gabriel rügt Bouffier

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat Hessens Regierungschef Volker Bouffier (CDU) davor gewarnt, die Energiewende zu torpedieren. „Wenn SuedLink infrage gestellt wird, dann ist die Energiewende tot, und ich gehe davon aus, dass Herr Bouffier das weiß. Ich halte das für nicht klug, was Herr Bouffier da gesagt hat.“ Der hessische Regierungschef hatte am Dienstag bei einer CDU-Veranstaltung grundsätzliche Bedenken am Verlauf der Stromtrasse angemeldet. „Wir werden es nicht mitmachen, ganze Regionen in Aufruhr zu bringen, wenn wir nicht wissen, ob wir die Leitung überhaupt brauchen“, sagte Bouffier bei einer Versammlung von etwa 60 CDU-Bürgermeistern und Lokalpolitikern im hessischen Neuhoef. „Bevor wir ganz in die falsche Richtung fahren, bleiben wir besser erst einmal einen Moment stehen.“ Falls dann der Nachweis geführt würde, dass die Trasse gebraucht werde, so Bouffier nach der Erinnerung von Teilnehmern, müssten zunächst Alternativen wie die sogenannte Ost-Variante über Thüringen ernsthaft geprüft werden. Bouffier macht sich damit die Argumente zu eigen, mit denen auch CSU-Chef Horst Seehofer seit Monaten gegen den Trassenausbau kämpft. Doch während Bayerns Ministerpräsident vor allem die sogenannte Süd-Ost-Trasse von

Sachsen-Anhalt nach Gundremmingen nahe Augsburg verhindern will, bremst Bouffier nun bei der zweiten wichtigen Stromautobahn – dem SuedLink von der Nordsee in die wirtschaftsstarke Region Bayerns und Baden-Württembergs. Aus Sicht von Gabriel sind beide Gleichstromleitungen zentral für das Gelingen des Projekts. Sie sollen Windstrom vom Norden in die Industriezentren des Südens transportieren. Dort wird es, insbesondere nach Abschaltung der letzten Kernkraftwerke 2022, erhebliche Defizite bei der Energieversorgung geben; steigende Strompreise für Privatverbraucher und die Wirtschaft könnten die Folge sein. Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) hält den Widerstand gegen die Trassen für gefährlich. „Seehofer riskiert, dass BMW künftig nicht mehr für Bayerische Motorenwerke steht, sondern Bremer Motorenwerke.“ Seehofer hatte am Sonntag mit der CSU-Spitze seine Verhandlungslinie für die

Gespräche mit Gabriel abgesteckt. Er will erst über den Ausbau der Leitungen reden, wenn die Zusage für mehrere Gaskraftwerke in Bayern vorliegt. Aus bayerischer Sicht sind die nicht nur nötig, um Kernkraftwerke zu ersetzen, sondern auch, um die Netzstabilität zu erhalten, wenn der Windstrom einmal nicht zur Verfügung steht. Zudem, so das Kalkül, entfielen dann die Notwendigkeit, gleich zwei Riesentrassen durch Bayern zu legen. mp, gt

Mögliche Stromtrassen



Prostitution

Kondomkontrolle ohne Polizei

Die Überprüfung des Kondomzwangs in Bordellen soll offenbar von den Gesundheits- und Ordnungsämtern und nicht wie in Bayern von der Polizei übernommen werden. Das ist aus Kreisen

des Bundesfamilienministeriums zu hören, das gerade an dem Referentenentwurf zur Reform des Prostitutionsgewerbes arbeitet. Sex im Bordell ohne Präservativ soll als Ordnungswidrigkeit und nur gegenüber den Freiern geahndet werden, darauf hatten sich Union und SPD vergangene Woche nach mo-

natelangem Streit geeinigt. „Die Kontrolle des Infektionsschutzgesetzes ist keine polizeiliche Aufgabe“, sagt auch Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Man sei immer nur dann zuständig, wenn die Ordnungsbehörden nicht kontrollieren könnten. Dies sei aber nicht der Fall. akm